

**PRÜFUNGSORDNUNG
FÜR DEN MASTERSTUDIENGANG FINANZ- UND VERSICHERUNGSMATHEMATIK
AN DER HEINRICH-HEINE-UNIVERSITÄT DÜSSELDORF
VOM 26.01.2024**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 64 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. Seite 547), zuletzt geändert am 30. Juni 2022 (GV.NRW S. 780b), hat die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf die folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsübersicht

- § 1 Studium: Voraussetzungen und Qualifikationsziele
- § 2 Studium: Aufbau
- § 3 Prüfungsausschuss
- § 4 Prüferinnen und Prüfer
- § 5 Masterprüfung: Zweck
- § 6 Masterprüfung: Zulassung
- § 7 Masterprüfung: Regeln
- § 8 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 9 Modulprüfungen: Allgemeine Regeln, Zugangsbeschränkungen
- § 10 Modulprüfungen: An- und Abmeldung, Fristen
- § 11 Modulprüfungen: Bewertung, Notenskala
- § 12 Modulprüfungen: Bestehen und Nichtbestehen
- § 13 Modulprüfungen: Wiederholung
- § 14 Modulprüfungen: Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß
- § 15 Masterarbeit: Themenstellung
- § 16 Masterarbeit: Bewertung und Annahme
- § 17 Masterarbeit: Wiederholung
- § 18 Zusatzmodule
- § 19 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 20 Masterprüfung: Bewertung
- § 21 Masterprüfung: Nichtbestehen
- § 22 Masterprüfung: Akademischer Grad, Zeugnis, Urkunde
- § 23 Masterprüfung: Ungültigkeit
- § 24 Inkrafttreten

§ 1

Studium: Voraussetzungen und Qualifikationsziele

(1) Die Einschreibung für den Masterstudiengang Finanz- und Versicherungsmathematik (im Folgenden kurz: Masterstudiengang/Masterstudium) erfordert einen ersten berufsqualifizierenden Studienabschluss in einem fachlich einschlägigen Studiengang sowie die besondere Befähigung zum wissenschaftlichen Arbeiten. Die Einzelheiten sind in der „Ordnung für die Feststellung der Eignung“ für den Masterstudiengang geregelt.

(2) Das Masterstudium kann sowohl zum Wintersemester als auch zum Sommersemester aufgenommen werden.

(3) Der Masterstudiengang soll den Studierenden die fortgeschrittenen mathematischen und wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden vermitteln, die zu wissenschaftlicher Arbeit und zu wissenschaftlich orientierter beruflicher Tätigkeit erforderlich sind und sie dazu befähigen, neue wissenschaftliche Erkenntnisse kritisch einzuordnen und in der beruflichen Praxis zu nutzen. Der Studiengang soll die Studierenden in einem Spezialgebiet des Fachs Finanz- und Versicherungsmathematik (im Folgenden kurz: Fach) an den Stand der aktuellen Forschung heranführen und dient der Vorbereitung selbstständigen wissenschaftlichen Arbeitens.

(4) Der Masterstudiengang beinhaltet eine Einführung in die Grundsätze der „Guten Wissenschaftlichen Praxis“ gemäß den Richtlinien der Deutschen Forschungsgemeinschaft in geeigneter Form.

(5) Über die Vermittlung fachlicher Kenntnisse hinaus soll der Masterstudiengang die Studierenden zum gesellschaftlichen Engagement ermutigen und die Entwicklung individueller Persönlichkeiten fördern. So sollen die Studierenden zu verantwortungsvollem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt werden. Die hierzu notwendigen Sozial- und Selbstkompetenzen werden durch Form und Inhalt der Lehrveranstaltungen (insbesondere Seminare, Übungen, Projektarbeiten, Gruppenarbeiten) vermittelt und durch die Betreuung im Rahmen der Veranstaltungen unterstützt und gestärkt.

§ 2

Studium: Aufbau

(1) Die Studienzeit, in der der Mastergrad in der Regel erworben werden soll (Regelstudienzeit), beträgt im Vollzeitstudium vier Semester einschließlich der Ablegung aller Modulprüfungen und der Anfertigung der Masterarbeit.

(2) Der Masterstudiengang ist so konzipiert, dass er mit einem durchschnittlichen Arbeitsaufwand (*work load*) von 900 Stunden pro Semester abgeschlossen werden kann.

(3) Der Masterstudiengang ist in Studienmodule gegliedert. Die Inhalte der Module werden im studiengangspezifischen Modulhandbuch erläutert. In der Regel wird jedes Modul durch eine Modulprüfung abgeschlossen. Bei erfolgreich absolvierter Modulabschlussprüfung werden Leistungspunkte (LP) gemäß § 7 Abs. 3 vergeben.

(4) Im Masterstudium muss eine Schwerpunktbildung entweder in Mathematik oder in Wirtschaftswissenschaften (WiWi) erfolgen. Je nach Schwerpunktbildung gliedert sich das Masterstudium in die folgenden Bereiche.

| | Schwerpunktbildung | | | |
|-------------------------------|--------------------|------------|---------------------------|------------|
| | Mathematik | | Wirtschaftswissenschaften | |
| Bereich | Anzahl Module | LP | Anzahl Module | LP |
| Vertiefungsbereich | 2 | 18 | 2 | 16 |
| Wahlpflichtbereich Mathematik | 3-5 | mind. 23 | 5-7 | mind. 41 |
| Wahlpflichtbereich WiWi | 4-5 | mind. 32 | 2-3 | mind. 16 |
| Pflichtbereich | 2 | 14 oder 18 | 2 | 14 oder 18 |
| Masterarbeit | 1 | 21 | 1 | 21 |
| Schlüsselqualifikationen | 2 | mind. 8 | 2 | mind. 8 |

Der **Vertiefungsbereich** besteht aus einer Vorlesungsreihe bestehend aus zwei Modulen mit je 9 LP bei Schwerpunkt Mathematik bzw. zwei Modulen mit je 8 LP bei Schwerpunkt Wirtschaftswissenschaften. Bei einer Schwerpunktbildung in Wirtschaftswissenschaften sollen die beiden Module des Vertiefungsbereichs aus dem wirtschaftswissenschaftlichen Wahlpflichtangebot stammen und in inhaltlichem Zusammenhang stehen. Bei einer Schwerpunktbildung in Mathematik ist die Vorlesungsreihe aus dem Vertiefungsbereich Mathematik des Modulhandbuchs zu wählen. Ausnahmen hiervon können auf Antrag vom Prüfungsausschuss genehmigt werden.

Der Bereich **Schlüsselqualifikationen** besteht aus dem Modul Seminar und den sonstigen Schlüsselqualifikationen. Für das Seminar, welches in inhaltlichem Zusammenhang zur Vorlesungsreihe aus dem Vertiefungsbereich stehen soll, werden 5 LP vergeben. Bei Schwerpunktbildung in Wirtschaftswissenschaften ist das Seminar als Projektarbeit abzuleisten. Im Modul „Sonstige Schlüsselqualifikationen“ müssen mindestens 3 LP erworben werden. Hier können beliebige an der Heinrich-Heine-Universität durchgeführte Lehrveranstaltungen, Sprachkurse oder betreute externe Praktika gewählt werden, die zu Fertigkeiten oder Kompetenzen führen, welche im Studium oder Berufsleben nützlich sind. Solche Lehrveranstaltungen werden beispielsweise von der Studierendenakademie an der Heinrich-Heine-Universität angeboten. Erworbenene Leistungspunkte im Modul „Sonstige Schlüsselqualifikationen“ dürfen unbenotet sein. Benotete Leistungen in diesem Modul werden nicht zur Bildung der Gesamtnote herangezogen.

Der **Pflichtbereich** besteht aus dem Modul Wahrscheinlichkeitstheorie mit 9 LP und einem weiterführenden Modul zur Statistik mit 5 oder 9 LP. Die zur Auswahl stehenden Statistikmodule sind im Modulkatalog des Masterstudiengangs aufgeführt.

Im **Wahlpflichtbereich Mathematik** müssen in mindestens drei Modulen aus dem Wahlpflichtangebot Mathematik 23 oder 27 LP bei Schwerpunkt Mathematik bzw. 41 oder 45 LP bei Schwerpunkt Wirtschaftswissenschaften erreicht werden. Die jeweils kleinere Anzahl an Leistungspunkten ist zu erbringen bei der Wahl eines Statistikmoduls mit 9 LP im Pflichtbereich, die jeweils größere Anzahl an Leistungspunkten bei der Wahl eines Statistikmoduls mit 5 LP im Pflichtbereich. Im Wahlpflichtbereich Mathematik dürfen maximal 20 LP aus den im Modulhandbuch als Basismodul gekennzeichneten Wahlpflichtmodulen stammen. Im Wahlpflichtbereich der Mathematik kann neben dem Seminar aus dem Bereich Schlüsselqualifikationen maximal ein weiteres Seminar eingebracht werden.

Im **Wahlpflichtbereich WiWi** müssen in mindestens zwei Modulen aus dem Wahlpflichtangebot Wirtschaftswissenschaften 32 LP bei Schwerpunkt Mathematik bzw. 16 LP bei Schwerpunkt Wirtschaftswissenschaften erreicht werden.

Im Bereich **Masterarbeit** werden für die nach § 16 angenommene Masterarbeit 21 LP vergeben.

(5) Eine über diese Prüfungsordnung hinausgehende Festlegung der Studieninhalte durch den Prüfungsausschuss oder die für die Durchführung der Lehrveranstaltungen Verantwortlichen darf nur so erfolgen, dass das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.

(6) Leistungspunktstatistiken werden durch die Studierenden- und Prüfungsverwaltung zur Adressierung von Studierenden mit spezifischen Beratungsbedarfen genutzt, um diese Gruppe auf entsprechende Angebote aufmerksam zu machen.

§ 3

Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und für die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wählen der Fakultätsrat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und der Fakultätsrat der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf für den Masterstudiengang gemeinsam einen Prüfungsausschuss.

(2) Der Prüfungsausschuss besteht aus fünf Mitgliedern:

- Vorsitzende/r (aus der Gruppe der Professor*innen),
- Stellvertreter/in des/der Vorsitzenden (aus der Gruppe der Professor*innen),
- einem weiteren Mitglied aus der Gruppe der Professor*innen,
- einem Mitglied aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen,
- einem Mitglied aus der Gruppe der Studierenden des Masterstudiengangs.

Für die letzten drei Mitglieder werden jeweils auch Stellvertreter*innen aus derselben Gruppe gewählt. Jede Gruppe kann den Fakultätsräten Wahlvorschläge für ihre Mitglieder und deren Vertreter/innen unterbreiten. Die Amtszeit beträgt ein Jahr für die Studierenden und drei Jahre für die übrigen Mitglieder und ihre Vertreter/innen. Die Wiederwahl von Mitgliedern ist möglich. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, wird eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger für die restliche Amtszeit gewählt.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen gemäß § 8 und für die Entscheidung über Widersprüche gegen Entscheidungen, die in Prüfungsverfahren getroffen wurden. Der Prüfungsausschuss ist auch zuständig für Entscheidungen über die Zulassung zum Masterstudium nach der Ordnung zur Eignung für den Masterstudiengang.

(4) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf die Vorsitzende/den Vorsitzenden oder deren/dessen Stellvertreter*in übertragen. Dies gilt nicht für Entscheidungen über Widersprüche.

(5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben zwei Professorinnen oder Professoren noch mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend ist. Der Ausschuss beschließt mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden bzw. im Vertretungsfall die Stimme des Stellvertreters oder der Stellvertreterin der/des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses sind bei der Beurteilung, Anerkennung oder Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen, bei der Beurteilung der besonderen Eignung für die Zulassung, sowie bei der Bestellung von Prüfer*innen und Beisitzern nicht

stimmberechtigt. Die Stellvertreter*innen dürfen an den Sitzungen teilnehmen, haben aber nur dann Stimmrecht, wenn das vertretene Mitglied nicht anwesend ist.

(6) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Vertreter*innen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stellvertreter*innen haben das Recht, bei Prüfungen anwesend zu sein.

§ 4

Prüferinnen und Prüfer

(1) Der Prüfungsausschuss ist für die Bestellung der Prüfer*innen für Modulprüfungen (§ 9) und für die Masterarbeit (§ 15) verantwortlich. Er kann diese Bestellung der/dem Vorsitzenden übertragen.

(2) Zur Prüferin oder zum Prüfer in Modulprüfungen darf nur bestellt werden, wer zu dem in § 65 Abs. 1 HG genannten Personenkreis gehört. Ausgeschiedene Professor*innen können für die Dauer von zwei Jahren nach Ablauf des Semesters, in dem sie aus der Heinrich-Heine-Universität ausgeschieden sind, zu Prüfer*innen bestellt werden.

(3) Für Modulprüfungen gilt im Regelfall diejenige Person als zur Prüferin/zum Prüfer bestellt, die zuletzt für die Durchführung des geprüften Moduls verantwortlich war.

(4) Die Prüfer*innen sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(5) Bei Wiederholung einer mündlichen Prüfung kann der Prüfling beim Prüfungsausschuss mit einer schriftlichen Begründung eine neue Prüferin/einen neuen Prüfer vorschlagen. Dabei ist Abs. 2 zu beachten. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch, nach Möglichkeit soll darauf aber Rücksicht genommen werden.

(6) Prüfungsleistungen in Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, sind von mindestens zwei Prüfer*innen zu bewerten.

(7) Mündliche Prüfungen sind stets von mehreren Prüfer*innen oder von einer Prüferin/einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzes abzunehmen. Zur Beisitzerin/zum Beisitzer für mündliche Prüfungen darf nur bestellt werden, wer mindestens eine entsprechende Master- bzw. Diplomprüfung in einem mathematischen oder wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat und in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis an der Heinrich-Heine-Universität tätig ist.

(8) Die Prüfer*innen und Beisitzer*innen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Prüfer*innen, die nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten. Beisitzer*innen werden von den bestellten Prüfer*innen zur Verschwiegenheit verpflichtet.

§ 5

Masterprüfung: Zweck

Die Masterprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Masterstudiengangs. Durch diese Prüfung soll festgestellt werden, ob die in § 2 Abs. 2 genannten Ziele erreicht wurden.

§ 6

Masterprüfung: Zulassung

(1) Zur Masterprüfung kann nur zugelassen werden, wer an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf für den Masterstudiengang Finanz- und Versicherungsmathematik eingeschrieben oder gemäß § 52 Abs. 2 HZG als Zweithörer*in zugelassen ist.

(2) Die Zulassung zur Masterprüfung muss abgelehnt werden, wenn

- die Voraussetzung gemäß Abs. 1 nicht erfüllt ist oder
- wenn der Prüfling eine Prüfung in demselben oder einem nahe verwandten Studiengang an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes endgültig nicht bestanden hat.
-

(3) Ein/e Studierende/r ist zur Masterprüfung angemeldet, sobald er/sie sich gemäß § 10 erstmals zu einer Modulprüfung angemeldet hat.

§ 7

Masterprüfung: Regeln

(1) Die Masterprüfung besteht aus den studienbegleitenden Modulprüfungen (§ 9) und aus der Masterarbeit (§ 15). Die Masterprüfung soll in der Regel vor dem Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen sein.

(2) Durch die Modulprüfungen, die Masterarbeit sowie anrechenbare Studienleistungen und Schlüsselqualifikationen müssen insgesamt mindestens 120 Leistungspunkte erworben werden.

(3) Ein Leistungspunkt (LP) im Sinne dieser Prüfungsordnung entspricht einem ECTS-Punkt (*European Credit Transfer System*) und wird für eine Leistung vergeben, die einen Arbeitsaufwand (*work load*) von etwa 30 Stunden erfordert, wenn der Erfolg dieser Arbeit durch eine Modulprüfung oder eine anrechenbare Studienleistung nachgewiesen ist.

(4) Prüfungsleistungen im Sinne dieser Prüfungsordnung werden in der Regel durch benotete Prüfungen erbracht und begründen die Modulnote gemäß § 11.

(5) Studienleistungen im Sinne dieser Prüfungsordnung werden durch die aktive Teilnahme an Lehrveranstaltungen erbracht. Studienleistungen sind unbenotet.

(6) Macht die Kandidatin oder der Kandidat durch ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder Krankheit oder ständiger seelischer oder körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form oder Zeit zu erbringen, ist ihr oder ihm durch den Prüfungsausschuss im Sinne des Nachteilsausgleichs zu ermöglichen, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Vor Entscheidungen des Prüfungsausschusses kann die oder der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung mit Zustimmung der Kandidatin oder des Kandidaten um ein Votum gebeten werden. Ein

Antrag auf Nachteilsausgleich muss spätestens vier Wochen vor der jeweiligen Prüfung in schriftlicher Form beim Prüfungsausschuss gestellt werden.

(7) Auf Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten hat der Prüfungsausschuss darüber zu entscheiden, ob einzelne Prüfungsleistungen nach Ablauf vorgesehener Fristen innerhalb einer festzusetzenden Nachfrist abgelegt werden können. In dem Antrag sind die Gründe darzulegen und glaubhaft zu machen.

(8) Bei der Anmeldung und Terminierung von Studien- und Prüfungsleistungen sind die Schutzbestimmungen des Mutterschutzgesetzes und die Fristen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes über die Elternzeit zu berücksichtigen. Ausfallzeiten für die Pflege von Personen sind anzuerkennen. Die Inanspruchnahme der Schutzbestimmungen bzw. der Fristen ist von der Studentin bzw. dem Studenten schriftlich bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung zu beantragen; der Prüfungsausschuss ist zu benachrichtigen.

§ 8

Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Gleichwertige Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im gleichen oder einem nahe verwandten Masterstudiengang an einer anderen Universität oder einer gleichgestellten Hochschule erbracht wurden, werden auf Antrag anerkannt. Die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen sind vom Antragsteller beizubringen.

(2) Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen können anerkannt werden, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Generell können Module, die bereits im Rahmen des für die Eignungsfeststellung erforderlichen Studienabschlusses absolviert wurden, nur dann anerkannt werden, wenn es sich um freiwillige Zusatzmodule im Sinne von § 18 handelt. Sollte ein Modul des Pflichtbereichs (§ 2 Abs. 4) bereits im Rahmen dieses Studiums nicht als Zusatzmodul absolviert worden sein, entfällt die Verpflichtung und die entsprechenden Leistungspunkte müssen zusätzlich im Wahlpflichtbereich Mathematik erbracht werden.

(3) Die Gleichwertigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen ist festzustellen, wenn diese in Inhalt, Umfang und Anforderungen denjenigen im hier geregelten Masterstudiengang im Wesentlichen entsprechen oder sie übertreffen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei Studien- und Prüfungsleistungen, die in Staaten erbracht wurden, die dem Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der Europäischen Region vom 11.04.1997 – sog. Lissabonner Anrechnungskonvention – beigetreten sind, erfolgt eine Anrechnung nur dann nicht, wenn wesentliche Unterschiede in den zu vergleichenden Leistungen festgestellt werden. Die Beweislast dafür, dass ein Antrag auf Anerkennung abgelehnt wird, obliegt dem Prüfungsausschuss. Gegen eine Ablehnung kann gemäß § 63a Abs. 5 HG eine Überprüfung der Entscheidung durch das Rektorat beantragt werden.

(4) Bei der Anerkennung und Anrechnung von Studienabschlüssen, Studien- und Prüfungsleistungen, die außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes erbracht wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(5) Wer aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 49 Abs. 11 HZG berechtigt ist, das Studium aufzunehmen, der/dem werden die in der Einstufungsprüfung nachgewiesenen Kenntnisse und Fähigkeiten, die Inhalten des hier geregelten Masterstudiengangs entsprechen, als Prüfungsleistungen angerechnet. Die diesbezüglichen Feststellungen im Zeugnis über die Einstufungsprüfung sind für den Prüfungsausschuss bindend.

(6) Zuständig für Anerkennung und Anrechnung nach den Absätzen 1 bis 5 und für die Zuordnung der anzuerkennenden Studien- und Prüfungsleistungen zu den einzelnen Modulen ist der Prüfungsausschuss. Die oder der Studierende muss die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorlegen. Vor Feststellung der Gleichwertigkeit können zuständige Fachvertreter*innen gehört werden.

(7) Werden Prüfungsleistungen für den hier geregelten Masterstudiengang anerkannt, so werden die Noten übernommen (soweit die Notensysteme vergleichbar sind) und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Gesamtnote (§ 20) einbezogen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anerkennung im Zeugnis ist zulässig.

(8) Im Falle der Anerkennung einer auswärtigen Studienleistung darf kein Modul mit vergleichbarem Inhalt im Masterstudiengang an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf erneut besucht werden. Anerkennungsanträge müssen deshalb spätestens drei Monate nach Aufnahme des Studiums an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und vor der Anmeldung zu inhaltlich vergleichbaren Modulen gestellt werden. Anerkennungen zu einem späteren Zeitpunkt sind nicht möglich. Sollte bereits an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf eine Prüfung in einem zur Anrechnung beantragten Modul abgelegt worden sein, ist eine Anerkennung einer andernorts absolvierten Studienleistung für dieses Modul ausgeschlossen.

(9) Eine Anerkennung andernorts abgeschlossener Masterarbeiten ist in der Regel nicht möglich.

(10) Über die Möglichkeit, aufgrund eines Auslandsstudiums ein anderes als im Modulkatalog genanntes Wahlpflichtmodul anzuerkennen, entscheidet der Prüfungsausschuss auf Antrag der/des Studierenden. Erbrachte Leistungen im Auslandsstudium können ferner als sonstige Schlüsselqualifikationen angerechnet werden.

§ 9

Modulprüfungen: Allgemeine Regeln, Zugangsbeschränkungen

(1) Eine Modulprüfung hat als Gegenstand die Inhalte eines Moduls. Die Prüfungsleistungen werden studienbegleitend, in engem zeitlichen Anschluss an den Besuch der betreffenden Lehrveranstaltungen des Moduls erbracht. Einzelheiten sind den Modulbeschreibungen im Modulhandbuch zu entnehmen.

(2) Ein Modul umfasst eine oder mehrere Lehrveranstaltungen. Dabei kann der Prüfling dieselbe Lehrveranstaltung nicht als Bestandteil verschiedener Module eines Studiengangs wählen.

(3) Für einzelne Module oder Lehrveranstaltungen kann z.B. aus didaktischen, kapazitiven oder baulichen Gründen eine Zulassungsbeschränkung (maximale Teilnehmerzahl) festgelegt werden. Die Festlegung und Veröffentlichung sowie die Benennung der Kriterien erfolgt durch den jeweiligen Prüfungsausschuss vor Beginn der Anmeldefristen. Für die Rangfolge bei der Zulassung der Studierenden werden folgende Kriterien herangezogen:

- Studiengang, für den das Modul/die Lehrveranstaltung belegt wird;
- Fachsemester des/der Studierenden;
- Bisherige Studienleistungen.

(4) Für jedes Modul werden die Inhalte der geforderten Prüfungsleistungen und/oder Studienleistungen vom Prüfungsausschuss bekannt gemacht. In der Regel sind diese Inhalte in den vom Prüfungsausschuss veröffentlichten Modulbeschreibungen festgelegt.

(5) Art und genaue Durchführung einer Modulprüfung werden von den gemäß § 4 bestellten Prüfer*innen festgelegt. Für jede Modulprüfung wird den Studierenden zu Beginn der Veranstaltungen des Moduls per Internet und/oder Aushang bekannt gegeben:

- Zulassungsvoraussetzungen (z.B. bestimmte Studienleistungen);
- Art, Umfang und Dauer der zu erbringenden Prüfungsleistungen;
- erlaubte Hilfsmittel;
- Verfahren, mit dem die Note ermittelt bzw. der Erfolg festgestellt wird.

(6) In der Regel werden Modulprüfungen zu drei Terminen pro Studienjahr im Abstand von mindestens 3 Wochen angeboten:

- Zeitnah im Anschluss an die letzte Lehrveranstaltung des Moduls.
- Innerhalb von 6 Monaten nach dem ersten Termin, in der Regel vor Beginn der sich anschließenden Vorlesungszeit.
- Innerhalb von 15 Monaten nach dem ersten Termin.

Die Studien- oder Prüfungsleistung im Seminar kann abweichend hiervon erst wiederholt werden, wenn das Modul erneut angeboten wird. Die Prüfungstermine werden zu Beginn der Lehrveranstaltungen des Moduls oder spätestens drei Monate vor jeder Prüfung bekannt gegeben. Bei mündlichen Prüfungen werden statt konkreter Termine Terminfenster bekannt gegeben.

(7) Modulprüfungen haben in der Regel die Form einer Modul-Abschlussprüfung. Sie haben den Lernstoff des gesamten Moduls zum Inhalt. Modulprüfungen können von der Prüferin/vom Prüfer als Klausuren, mündliche Prüfungen und in anderer Form (z.B. Vorträge oder Präsentationen) festgelegt werden.

(8) Eine Klausur ist eine schriftliche Arbeit unter Aufsicht, die von der Prüferin/vom Prüfer gestellt und mit einer Note bewertet wird. Die Dauer von Klausuren soll 1 Stunde nicht unterschreiten und 3 Stunden nicht überschreiten.

(9) Eine mündliche Prüfung ist eine Einzel- oder Gruppenprüfung mit maximal 3 Prüflingen. Die Gesamtdauer einer mündlichen Prüfung soll 15 Minuten pro Prüfling nicht unterschreiten und 60 Minuten pro Prüfling nicht überschreiten. Die Prüfung wird durch die bestellten Prüfer*innen abgenommen. Die Gegenstände und die Ergebnisse der Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten. Die Festsetzung der Note erfolgt durch die Prüfer*innen. Eine anwesende Beisitzerin/ein anwesender Beisitzer ist vor der Festsetzung zu hören. Das Ergebnis der mündlichen Prüfung ist dem Prüfling im Anschluss an die Prüfung mitzuteilen.

(10) Ein selbstständig gehaltener Vortrag im Rahmen eines Seminars kann als Prüfungsleistung benotet werden. Der/die verantwortlich Lehrende gibt hierzu zu Beginn des Seminars Bewertungskriterien an. Die Benotung erfolgt innerhalb von vier Wochen nach Beendigung des Seminars.

(11) Macht der Prüfling durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie oder er wegen einer gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht in der Lage ist, eine Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen.

(12) In Ausnahmefällen kann der Prüfungsausschuss festlegen, dass eine Modulprüfung als kumulative Modulprüfung abgehalten wird. Diese setzt sich aus mehreren Prüfungsleistungen zusammen, die jeweils einen Teil des dem Modul zugeordneten Lernstoffs zum Gegenstand haben.

(13) Eine Pflicht zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen kann in allen Modulen oder Modulteilen vorgeschrieben werden, in denen die regelmäßige Anwesenheit und die aktive Teilnahme für das Erreichen des Lernziels erforderlich ist. Eine aktive Teilnahme kann dabei sowohl die Prüfungsvorleistung (Zulassung zur Prüfung) als auch Prüfungsbestandteil sein. Bei Vorlesungen kann

keine Anwesenheitspflicht festgelegt werden. Bei den Pflicht- und Wahlpflichtmodulen wird die Einführung und Erfüllung der Anwesenheitspflicht über die entsprechende Prüfungsordnung des originären Studiengangs der Wirtschaftswissenschaftlichen oder Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät geregelt. Darüber hinaus gilt eine Anwesenheitspflicht im Modul Seminar. Um die Lernziele der Erlangung von Schlüsselkompetenzen im Bereich Präsentationstechniken und der aktiven Diskussionsteilnahme zu erreichen, besteht Anwesenheitspflicht bei den Seminarvorträgen für die Dauer des betreffenden Semesters. Die Anwesenheit ist erfüllt bei maximal einer unentschuldig versäumten Sitzung. Als entschuldigt gilt dabei ein von der oder dem Dozierenden akzeptierter Nachweis eines nicht von der oder dem Studierenden zu vertretenden Grundes. Stellt die oder der Dozierende eine nicht regelmäßige Teilnahme fest, gilt das Modul als nicht besucht und muss wiederholt werden.

§ 10

Modulprüfungen: An- und Abmeldung, Fristen

- (1) Die Anmeldung zu einer Modulprüfung muss mindestens eine Woche vor dem Prüfungstermin bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf erfolgen.
- (2) Im Falle des Nichtbestehens einer Prüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Wahlpflichtmodul erfolgt die Anmeldung zum ersten Wiederholungstermin vor Beginn der auf den Prüfungstermin folgenden Vorlesungszeit automatisch, soweit die Anzahl der möglichen Prüfungsversuche nicht ausgeschöpft ist. Die Regelung in Abs. 4 bleibt hiervon unberührt. Für eine mögliche weitere Wiederholungsprüfung ist eine erneute Anmeldung erforderlich.
- (3) Die zweite Wiederholungsprüfung einer nicht bestanden Prüfung muss innerhalb von 15 Monaten nach der ersten (ebenfalls nicht bestanden) Wiederholungsprüfung abgelegt werden. Andernfalls gilt die Prüfung als nicht bestanden. Auf die Regelungen von § 64 Abs. 3a HG wird verwiesen. Ausnahmen hiervon können auf Antrag vom Prüfungsausschuss genehmigt werden.
- (4) Die Abmeldung von einer Prüfung bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung ist bis eine Woche vor dem Prüfungstermin zulässig.
- (5) Der Prüfungsausschuss kann für einzelne Modulprüfungen in Abstimmung mit der Studierenden- und Prüfungsverwaltung andere Regelungen für die An- und Abmeldung festlegen als in der Prüfungsordnung vorgesehen. Diese Regelungen sind per Aushang oder im Internet bekannt zu machen.
- (6) Angemeldete Kandidaten und Kandidatinnen, die bis zum Termin der Prüfung die Zulassungsvoraussetzungen nicht erbracht haben, gelten als nicht angemeldet.
- (7) Die Prüfungsleistungen oder gegebenenfalls Vermerke über die Nichterfüllung der Zulassungsvoraussetzungen müssen für alle angemeldeten Kandidat*innen spätestens vier Wochen nach dem Abschluss einer Prüfung von der Prüferin/vom Prüfer an die Studierenden- und Prüfungsverwaltung übermittelt werden.

§ 11

Modulprüfungen: Bewertung, Notenskala

(1) Für die Bewertung von Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- | | |
|------------------------|--|
| 1 (sehr gut): | eine hervorragende Leistung; |
| 2 (gut): | eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt; |
| 3 (befriedigend): | eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht; |
| 4 (ausreichend): | eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt; |
| 5 (nicht ausreichend): | eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt. |

Zur Differenzierung können die Noten um 0,3 erhöht oder verringert werden; die Noten 0,7 und 4,3 und 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(2) Zuständig für die Vergabe der Note jeder Modulprüfung sind die jeweiligen bestellten Prüfer*innen.

(3) Für Module mit kumulativer Modulprüfung (§ 9 Abs. 12) werden die gemäß Abs. 1 vergebenen Noten der einzelnen Prüfungsleistungen gemittelt. Bei dieser Mittelung sind Prüfungsleistungen zu verschiedenen Lehrveranstaltungen im Verhältnis der Leistungspunkte zu gewichten, die den Lehrveranstaltungen zugeordnet sind. Dieser Mittelwert ist die Modulnote, wobei die Note kaufmännisch auf eine Nachkommastelle gerundet wird.

§ 12

Modulprüfungen: Bestehen und Nichtbestehen

(1) Eine Prüfungsleistung ist mit Erfolg erbracht und die Modulprüfung somit bestanden, wenn sie mindestens mit „ausreichend“ (kleiner oder gleich 4,0) bewertet wurde.

(2) Eine Modulprüfung wird als nicht bestanden bewertet, wenn sie mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet wurde.

(3) Die kumulative Modulprüfung zu einem Modul ist bestanden, wenn alle geforderten Prüfungsleistungen mit „ausreichend“ oder besser bewertet und alle geforderten Studienleistungen erbracht wurden. Anderenfalls wird die kumulative Modulprüfung mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(4) Mit dem Bestehen der Modulprüfung sind alle auf das betreffende Modul entfallenden Leistungspunkte erworben.

§ 13

Modulprüfungen: Wiederholung

- (1) Die Wiederholung bestandener Prüfungsleistungen ist nicht zulässig.
- (2) Ist eine Modulprüfung nicht bestanden, so erteilt die Studierenden- und Prüfungsverwaltung dem Prüfling hierüber einen schriftlichen Bescheid, der auch darüber Auskunft gibt, ob und gegebenenfalls in welcher Form und mit welchen Fristen die Prüfung wiederholt werden kann. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (3) Eine nicht bestandene Modulprüfung kann zweimal wiederholt werden.
- (4) Die Wiederholung einer nicht bestandenen Modulprüfung soll zum nächstmöglichen Termin (bzw. im Falle einer mündlichen Prüfung: Terminfenster) erfolgen. Die Abmeldung von der Wiederholungsprüfung ist erlaubt (siehe § 10 Abs. 4).
- (5) Die Form der Wiederholungsprüfung muss nicht mit der Form der ursprünglichen Prüfung übereinstimmen. Die Festsetzung der Form der Wiederholungsprüfung erfolgt durch die Prüferin/den Prüfer.
- (6) Innerhalb einer kumulativen Modulprüfung können nur jene Prüfungsleistungen wiederholt werden, die mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet wurden. Die wiederholte kumulative Modulprüfung ist bestanden, wenn die Bedingungen aus § 12 Abs. 3 erfüllt sind. Die Note der wiederholten Modulprüfung ergibt sich gemäß § 11 Abs. 3 unter Berücksichtigung der Note der wiederholten Prüfungsleistungen.
- (7) Eine Modulprüfung gilt als endgültig nicht bestanden, wenn sie bei der Maximalzahl erlaubter Wiederholungen jedes Mal mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet wurde.

§ 14

Modulprüfungen: Versäumnis, Rücktritt, Täuschung und Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als nicht mit Erfolg erbracht, wenn der Prüfling einen Prüfungstermin ohne triftige Gründe versäumt oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt.
- (2) Triftige Gründe, die für das Versäumnis oder für den Rücktritt geltend gemacht werden sollen, müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich über die Studierenden- und Prüfungsverwaltung schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Erkennt der Prüfungsausschuss die Gründe an, so gilt die Prüfung als nicht unternommen. Bei Krankheit ist der Studierenden- und Prüfungsverwaltung ein ärztliches Attest vorzulegen, aus dem die Prüfungsunfähigkeit hervorgeht.
- (3) Bei Krankheit im Sinne von Abs. 2 zum Zeitpunkt einer Prüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Wahlpflichtmodul direkt im Anschluss an eine Lehrveranstaltung kann der Prüfling bei der Studierenden- und Prüfungsverwaltung einen Antrag stellen, am Termin der ersten Wiederholungsprüfung zugelassen zu werden. Der Prüfungsausschuss befindet über diesen Antrag. Ein Anrecht seitens des Prüflings auf diese Prüfungsmöglichkeit besteht nicht.
- (4) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder durch Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfung als nicht bestanden. Die Verwendung elektronischer Geräte (wie z. B. Smartphones oder Smartwatches) in Prüfungen ist nicht gestattet. Die offene Verfügbarkeit oder die Benutzung eines nicht zugelassenen Hilfsmittels kann mit dem Nichtbestehen der Prüfung geahndet werden, es sei denn, die Mitnahme oder Nutzung wurde von der oder dem Modulverantwortlichen oder den Aufsichtführenden vorher ausdrücklich erlaubt. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. In schwerwiegenden Fällen oder im

Wiederholungsfall einer Täuschung kann der Prüfungsausschuss die Masterprüfung insgesamt für nicht bestanden erklären.

(5) Stört ein Prüfling den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung, so kann er von der Prüferin/vom Prüfer oder den aufsichtführenden Personen nach Abmahnung von der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfung als nicht bestanden.

(6) Der Prüfling kann innerhalb von vier Wochen verlangen, dass eine Entscheidung nach Abs. 4 oder 5 vom Prüfungsausschuss überprüft wird. Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen. Dem Prüfling ist vor der Entscheidung Gelegenheit zu rechtlichem Gehör zu geben.

§ 15

Masterarbeit: Themenstellung

(1) Die Masterarbeit ist die wissenschaftliche Abschlussarbeit des Masterstudiengangs. Mit dieser Arbeit soll der Prüfling nachweisen, dass sie/er in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein größeres Thema aus ihrem/seinem Studienfach unter Berücksichtigung guter wissenschaftlicher Praxis selbstständig wissenschaftlich zu bearbeiten und angemessen darzustellen. Die Masterarbeit kann auf Deutsch oder Englisch angefertigt werden.

(2) Die Themenstellung und Betreuung der Masterarbeit erfolgt durch eine Professorin oder einen Professor oder durch eine/n habilitierte/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in, die oder der hauptberuflich in der Lehre des Faches an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig ist. Ausnahmen von Satz 1 regelt der Prüfungsausschuss. Ebenso erfolgt die Bestellung der Betreuerin/des Betreuers durch den Prüfungsausschuss.

(3) Der Antrag auf Themenstellung für die Masterarbeit ist vom Prüfling an eine oder einen vom Prüfungsausschuss gem. Abs. 2 zugelassene(n) Betreuer(in) zu stellen. Der Antrag auf Zulassung und Themenstellung für die Masterarbeit kann nur gestellt werden, sofern bereits 60 LP erworben wurden.

(4) Das Thema der Masterarbeit wird von der vorgeschlagenen Betreuerin oder dem vorgeschlagenen Betreuer gestellt und an den Prüfungsausschuss weitergeleitet. Der Prüfungsausschuss legt bei Erfüllung der Voraussetzungen einen Zweitprüfer fest, übermittelt das Thema der Masterarbeit sowie die Namen der Prüfer*innen an die Studierenden- und Prüfungsverwaltung und den Prüfling. Die Bearbeitungsfrist beginnt mit dem Datum dieser Mitteilung.

(5) Bei Vorliegen aller Voraussetzungen kann ein Prüfling auch ohne eigene Vorschläge oder ohne Zustimmung eines Betreuers oder einer Betreuerin beantragen, dass ihm vom Prüfungsausschuss ein Thema für die Masterarbeit gestellt und ein*e Betreuer*in zugewiesen wird. In diesem Fall erfolgt die Themenstellung für die Masterarbeit sowie die Zuweisung eines Betreuers oder einer Betreuerin durch den Prüfungsausschuss binnen eines Monats.

(6) Das Thema der Masterarbeit und der Beginn der Bearbeitungszeit sind von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung für die Kandidatin/den Kandidaten ersichtlich aktenkundig zu machen.

(7) Das Thema kann vom Prüfling nur einmal und nur binnen zwei Wochen nach Beginn der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. In diesem Fall erfolgt eine erneute Themenstellung nach Abs. 4 oder Abs. 5. Nach Maßgabe von § 14 Abs. 2 kann das Thema aus triftigem Grund auch zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegeben werden.

(8) Die Masterarbeit muss spätestens nach Ablauf von vier Monaten nach Zulassung und Themenstellung abgegeben werden. Das Thema muss so gestellt werden, dass diese Bearbeitungszeit eingehalten werden kann und soll in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Vertiefungsbereich stehen. Der Umfang der Masterarbeit soll mindestens 40 und maximal 70 Seiten zuzüglich Deckblätter, Inhaltsverzeichnis und Anhänge betragen.

(9) Bei einer Abgabe der Masterarbeit hat der Prüfling zu versichern, dass er die Arbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt, alle Zitate kenntlich gemacht und die Arbeit in identischer oder ähnlicher Form noch nicht als Prüfungsarbeit einem wissenschaftlichen Prüfungsamt vorgelegen hat.

(10) Auf schriftlichen Antrag kann der Prüfungsausschuss nach Anhörung des Betreuers oder der Betreuerin die Bearbeitungszeit einmalig um zwei Wochen verlängern. Der Antrag ist spätestens zwei Wochen vor Ablauf der Bearbeitungsfrist zu stellen. In dem Antrag müssen die besonderen und vom Prüfling nicht zu verantwortenden Umstände dargelegt werden, die eine fristgerechte Abgabe der Masterarbeit verhindern.

§ 16

Masterarbeit: Bewertung und Annahme

(1) Die Masterarbeit ist in elektronischer Form (als PDF-Dokument) fristgemäß, d.h. spätestens mit Ablauf der Bearbeitungsfrist, abzuliefern. Die Ablieferung erfolgt durch das Hochladen des PDF-Dokuments im Studierendenportal der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (studierende.uni-duesseldorf.de). Das Datum der Abgabe wird von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung aktenkundig gemacht. Wird die Masterarbeit nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Auf Verlangen der Erstprüferin/des Erstprüfers reicht der Prüfling unverzüglich zwei mit der elektronischen Fassung identische gebundene Exemplare der Arbeit bei der Erstprüferin/dem Erstprüfer ein.

(2) Die Masterarbeit ist von zwei Prüfer*innen zu bewerten, die die Qualifikation zur Vergabe von Themen gemäß § 15 Abs. 2 haben. Zumindest eine dieser Personen muss hauptberuflich an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf tätig sein. Erstprüferin oder Erstprüfer ist die oder der Betreuende der Masterarbeit. Die Bestellung der Prüfer*innen für die Masterarbeit erfolgt durch den Prüfungsausschuss nach § 15 Abs. 4.

(3) Die Erstprüferin/der Erstprüfer nimmt eine Bewertung der Masterarbeit vor und begründet diese schriftlich. Der/die Zweitprüfer/in kann sich dieser Bewertung und der Begründung anschließen oder eine abweichende Bewertung vornehmen, die dann ebenfalls schriftlich begründet sein muss. Die Bewertungen erfolgen durch Noten gemäß § 12 Abs. 1.

(4) Die Note der Masterarbeit ist das auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundete arithmetische Mittel der von den beiden Prüfer*innen gemäß Abs. 3 vergebenen Noten, sofern diese beide mindestens „ausreichend“ (4,0) sind und um nicht mehr als 2,0 voneinander abweichen. Sind die beiden Noten „nicht ausreichend“ (5,0), so ist dies auch die Note der Masterarbeit. In allen anderen Fällen bestellt der Prüfungsausschuss eine weitere Person gemäß Abs. 2 als Prüfer*in, die eine dritte Note für die Masterarbeit vergibt und diese schriftlich begründet. Die Note der Masterarbeit ist dann das auf eine Nachkommastelle gerundete arithmetische Mittel der beiden besseren von den insgesamt drei vergebenen Noten, sofern diese besseren Noten beide mindestens „ausreichend“ (4,0) lauten, andernfalls ist die Bewertung der Masterarbeit „nicht ausreichend“ (5,0).

(5) Die Bewertung der Masterarbeit muss dem Prüfling vom Prüfungsausschuss spätestens sechs Wochen nach der Abgabe mitgeteilt werden, im Fall der Heranziehung einer dritten Prüferin oder eines dritten Prüfers spätestens nach acht Wochen.

(6) Eine mit der Note „ausreichend“ (4,0) oder besser bewertete Masterarbeit ist angenommen. Für eine angenommene Masterarbeit werden 21 Leistungspunkte vergeben.

(7) Wird die Masterarbeit nicht angenommen, so muss die Mitteilung durch den Prüfungsausschuss in schriftlicher Form erfolgen und Auskunft darüber geben, ob die Masterarbeit wiederholt werden kann (§ 17). Der Bescheid über die Nichtannahme der Masterarbeit ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(8) Sollten erhebliche und begründete Zweifel an der nach § 15 Abs. 9 abgegebenen Versicherung des Prüflings bestehen, ist die Masterarbeit von den Prüfer*innen mit nicht ausreichend zu bewerten. Die Gründe für die nicht angenommene Masterarbeit sind aktenkundig zu machen. § 14 Abs. 6 gilt für die Masterarbeit sinngemäß.

§ 17

Masterarbeit: Wiederholung

(1) Eine nach § 16 Abs. 6 angenommene Masterarbeit kann nicht wiederholt werden.

(2) Eine Masterarbeit, die nach § 16 Abs. 4 mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet wurde und somit nach § 16 Abs. 7 als nicht angenommen gilt, kann einmal wiederholt werden. Eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen.

(3) Der Antrag auf Zulassung und Themenstellung (§ 15) für die Wiederholung der Masterarbeit muss spätestens sechs Monate nach Absendung der Mitteilung gestellt werden, in der dem Prüfling die Bewertung der nicht angenommenen Masterarbeit mitgeteilt wurde. Auf begründeten schriftlichen Antrag kann der Prüfungsausschuss eine hiervon abweichende Frist genehmigen.

(4) Die Ausgabe des Themas bei der Wiederholung erfolgt gemäß § 15.

§ 18

Zusatzmodule

(1) Der Prüfling kann im Rahmen der Masterprüfung Modulprüfungen in mehr als den vorgeschriebenen Modulen seines oder eines nahe verwandten Studiengangs ablegen (Zusatzmodule). Das Ergebnis der Prüfung in diesen Modulen wird auf Antrag des Prüflings in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht mit einbezogen. Der Prüfungsausschuss kann das Belegen von Zusatzmodulen untersagen, insbesondere aus Gründen der Lehrkapazität.

(2) Bei den wirtschaftswissenschaftlichen Wahlpflichtmodulen legt der Prüfling bei der Anmeldung zur ersten Prüfung verbindlich fest, ob ein Wahlpflichtmodul in die Gesamtleistung der Masterprüfung einfließen oder als freiwilliges Zusatzmodul gewertet werden soll.

§ 19

Einsicht in die Prüfungsakten

- (1) Innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Ergebnisse wird zu jeder Klausur ein Termin angeboten, an dem jeder Prüfling Einsicht in seine Prüfungsarbeit nehmen kann.
- (2) Auf Antrag (bei der Lehrperson) wird einem Prüfling die Gelegenheit gegeben, eine Kopie einer korrigierten und bewerteten schriftlichen Prüfungsleistung zu erstellen. Dies beinhaltet die Aufgabenstellung.
- (3) Nach Abschluss der Masterprüfung wird dem Prüfling von der Studierenden- und Prüfungsverwaltung auf Antrag Einsicht in die ihn betreffenden Prüfungsprotokolle und Gutachten gewährt. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Ausgabe des Zeugnisses schriftlich zu stellen.

§ 20

Masterprüfung: Bewertung

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle nach § 2 Abs. 4 geforderten Leistungspunkte erworben worden sind.
- (2) Die Gesamtnote der Masterprüfung ergibt sich aus dem gewichteten Mittel aller Noten der Modulprüfungen, die nicht in dieser Prüfungsordnung von der Bildung der Gesamtnote ausgeschlossen wurden, und der Note der angenommenen Masterarbeit. Die Gewichtung eines Moduls ergibt sich als Quotient aus der Anzahl der Leistungspunkte des betreffenden Moduls und der Gesamtzahl der erreichten Leistungspunkte aller benoteten und für die Gesamtleistung herangezogenen Modulprüfungen.
- (3) Die Gesamtnote der bestandenen Masterprüfung wird auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet angegeben.
- (4) Für eine bestandene Masterprüfung wird ein Prädikat nach folgendem Schlüssel vergeben:

| | |
|-----------------------|--------------|
| Gesamtnote 1,0 – 1,5: | sehr gut |
| Gesamtnote 1,6 – 2,5: | gut |
| Gesamtnote 2,6 – 3,5: | befriedigend |
| Gesamtnote 3,6 – 4,0: | ausreichend |

(5) Zusätzlich wird im Diploma Supplement eine ECTS-Einstufungstabelle angegeben, die Auskunft über die statistische Verteilung der erzielten Noten innerhalb der zugehörigen Studierendengruppe gibt. Die ECTS-Einstufungstabelle wird nach folgendem Schema erstellt:

| Gesamtzahl der Absolventen im Master: | | |
|---------------------------------------|--------------|----------------------------|
| Notenintervall: | Anteil in %: | Aufsummierter Anteil in %: |
| 1,0 – 1,2 | | |
| 1,3 – 1,6 | | |
| 1,7 – 1,9 | | |
| 2,0 – 2,2 | | |
| 2,3 – 2,6 | | |
| 2,7 – 2,9 | | |
| 3,0 – 3,2 | | |
| 3,3 – 3,6 | | |
| 3,7 – 4,0 | | |

Stichtag für die Erstellung der ECTS-Einstufungstabelle ist immer der 31.12. eines jeden Jahres. Als Berechnungsgrundlage werden die Gesamtnoten der Absolventinnen und Absolventen des entsprechenden Studiengangs herangezogen, die in den fünf vorangegangenen Prüfungsjahren ihr Studium abgeschlossen haben. Die ECTS-Einstufungstabelle kann nicht angegeben werden, wenn weniger als 50 Studierende den Studiengang absolviert haben.

§ 21

Masterprüfung: Nichtbestehen

(1) Die Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn

- eine wiederholte Masterarbeit nicht angenommen wurde (§ 17), oder
- eine Modulprüfung endgültig nicht bestanden wurde (§ 13 Abs. 7), für die keine Ausgleichsmöglichkeit besteht.
-

(2) Der Prüfungsausschuss erteilt dem Prüfling einen schriftlichen Bescheid über das Nichtbestehen der Masterprüfung, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 22

Masterprüfung: Akademischer Grad, Zeugnis, Urkunde

(1) Aufgrund der bestandenen Masterprüfung verleihen die Mathematisch-Naturwissenschaftliche und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf den akademischen Grad „Master of Science“ (abgekürzt: „M. Sc.“) in Finanz- und Versicherungsmathematik.

(2) Hat der Prüfling die Masterprüfung bestanden, so erhält er ein Zeugnis, in dem die Gesamtnote sowie die abgelegten Modulprüfungen mit den zugehörigen Noten und Leistungspunkten aufgeführt sind. Außerdem werden das Thema der Masterarbeit und deren Note und Leistungspunktezahl angeführt. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages der letzten Prüfung und die Unterschrift der/des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(3) Auf Antrag des Prüflings werden Prüfungsergebnisse in Zusatzmodulen gemäß § 18 mit in das Zeugnis aufgenommen.

(4) Dem Zeugnis wird ein Diploma Supplement in deutscher und englischer Sprache beigelegt, welches eine Beschreibung der durch diesen Studiengang erworbenen Qualifikation sowie die erreichte Gesamtnote (§ 20 Abs. 2 und 3), das Prädikat (§ 20 Abs. 4) und die ECTS-Einstufungstabelle (§ 20 Abs. 5) enthält.

(5) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird dem Prüfling die Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des Mastergrades gemäß Abs. 1 beurkundet.

(6) Die Masterurkunde wird von der Dekanin oder dem Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, der Dekanin oder dem Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und von der/des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Heinrich-Heine-Universität versehen.

(7) Hat ein Prüfling die Masterprüfung noch nicht oder endgültig nicht bestanden, so wird ihm auf Antrag eine schriftliche Bescheinigung ausgestellt, welche die erreichten Leistungspunkte sowie die absolvierten Modulprüfungen mit deren Noten enthält, die zum Bestehen der Masterprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen aufzählt und erkennen lässt, dass die Masterprüfung noch nicht oder endgültig nicht bestanden ist.

§ 23

Masterprüfung: Ungültigkeit

(1) Hat der Prüfling bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Prüfling getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling darüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse bzw. Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

(3) Hat der Prüfling die Zulassung zu einer Prüfung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss unter Beachtung des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. November 1999 (GV. NRW. Seite 602) in der jeweils geltenden Fassung über die Rechtsfolgen.

(4) Vor einer Entscheidung des Prüfungsausschusses nach Abs. 1 oder 3 ist der oder dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(5) Ein unrichtiges Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die Masterurkunde einzuziehen.

§24

Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf in Kraft und gilt für alle Studierenden des Masterstudiengangs Finanz- und Versicherungsmathematik, die ihr Studium zum Wintersemester 2023/24 oder später begonnen haben.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrats der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät vom 27.06.2023 und des Fakultätsrats der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 30.08.2023.

Düsseldorf, den 26.01.2024

Die Rektorin
der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf

Anja Steinbeck
(Univ.-Prof. Dr. iur.)

Anhang

Exemplarische Studienverlaufspläne des Masterstudiengangs Finanz- und Versicherungsmathematik

In Klammern sind Semesterwochenstunden/Leistungspunkte/Workload-Stunden angegeben.

Alternative Studienverlaufspläne werden auf den Internetseiten des Masterstudiengangs veröffentlicht.

1. Exemplarischer Studienverlaufplan bei Schwerpunktbildung in Mathematik:

| Fachsemester | 1. | 2. | 3. | 4. |
|---|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------|
| Pflichtbereich (9/14/420) | | | | |
| Wahrscheinlichkeitstheorie | (6/9/270) | | | |
| Basiswissen Statistik | (3/5/150) | | | |
| Wahlpflichtbereich Mathematik (18/27/810) | | | | |
| WP-Mathe 1 | | (6/9/270) | | |
| WP-Mathe 2 | | (6/9/270) | | |
| WP-Mathe 3 | | | | (6/9/270) |
| Wahlpflichtbereich Wirtschaftswissenschaften (16/32/960) | | | | |
| WP-Wiwi 1 | (4/8/240) | | | |
| WP-Wiwi 2 | (4/8/240) | | | |
| WP-Wiwi 3 | | | (4/8/240) | |
| WP Wiwi 4 | | | (4/8/240) | |
| Vertiefungsbereich (12/18/540) | | | | |
| Vertiefung Mathe 1 | | (6/9/270) | | |
| Vertiefung Mathe 2 | | | (6/9/270) | |
| Schlüsselqualifikationen (2/8/240) | | | | |
| Seminar | | | (2/5/150) | |
| Sonstige Schlüsselqualifikationen | | (-/3/90) | | |
| Masterarbeit (-/21/630) | | | | |
| Masterarbeit | | | | (-/21/630) |
| Gesamtsumme | (17/30/900) | (18/30/900) | (16/30/900) | (6/30/900) |

2. Exemplarischer Studienverlaufsplan bei Schwerpunktbildung in
Wirtschaftswissenschaften:

| Fachsemester | 1. | 2. | 3. | 4. |
|--|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------|
| Pflichtbereich (9/14/420) | | | | |
| Wahrscheinlichkeitstheorie | (6/9/270) | | | |
| Basiswissen Statistik | (3/5/150) | | | |
| Wahlpflichtbereich Mathematik (30/45/1350) | | | | |
| WP-Mathe 1 | | (6/9/270) | | |
| WP-Mathe 2 | | (6/9/270) | | |
| WP-Mathe 3 | | | (6/9/270) | |
| WP-Mathe 4 | | | (6/9/270) | |
| WP-Mathe 5 | | | | (6/9/270) |
| Wahlpflichtbereich Wirtschaftswissenschaften (8/16/480) | | | | |
| WP-WiWi 1 | (4/8/240) | | | |
| WP-WiWi 2 | (4/8/240) | | | |
| Vertiefungsbereich (4/16/480) | | | | |
| Vertiefung WiWi 1 | | (4/8/240) | | |
| Vertiefung WiWi 2 | | | (4/8/240) | |
| Schlüsselqualifikationen (2/8/240) | | | | |
| Projektarbeit | | | (2/5/150) | |
| Sonstige Schlüsselqualifikationen | | (-/3/90) | | |
| Masterarbeit (-/21/630) | | | | |
| Masterarbeit | | | | (-/21/630) |
| Gesamtsumme | (17/30/900) | (16/29/870) | (18/31/930) | (6/30/900) |

Verfahrenshinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule gegen eine Ordnung der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden. Die aufsichtsrechtlichen Befugnisse nach § 76 HG bleiben unberührt.